



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 8. Dezember 1885.

Nr. 572

## Die Orient-Krise.

In Serbien dauert die kriegerische Bewegung fort. Wie aus Nißch von gestern telegraphirt wird, hat der Kriegsminister Petrovic seine Entlassung genommen, an seiner Stelle ist der bisherige Gesandte in Rom, Franassovic, zum Kriegsminister ernannt worden. General Horvatic ist zum Oberbefehlshaber der vereinigten Nißchava-Armee ernannt worden, Oberstleutnant Milanovic zum Chef des Generalstabes derselben und der bisherige Kommandant der Nißchava-Armee zum Chef des großen Generalstabes.

Die Wiener und Pester Blätter berichten von der Bildung zahlreicher Freiwilligenkorps. Die serbische Streitkraft solle auf 160- oder gar 180,000 Mann gebracht werden!

Die friedliche Aktion der Türkei in Ostrumelien scheint ins Stocken gerathen zu sein. Es liegen folgende Telegramme vor:

Konstantinopel, 5. Dezember. Die Abreise des zum außerordentlichen Kommissar des Sultans ernannten Djevdet Pascha nach Ostrumelien ist verschoben worden.

Philippopol, 6. Dezember. Der türkische Delegirte Lebib Effendi ist heute früh nach Konstantinopel abgereist, der zweite Delegirte Ghaban Effendi, welcher an Stelle Nibad's in Sofia als Agent der Pforte fungiren soll, wird sich morgen dorthin begeben.

Fürstlicherseits scheint man auch durch die Haltung Montenegros wieder beunruhigt zu sein. Aus Cattaro wird von vorgestern Abend telegraphirt:

Nach hier eingegangener Mittheilung soll der Gouverneur von Sutari (Albanien) eine Suspension des Handelsverkehrs mit Montenegro angeordnet haben.

In Cetinje spekulirt man bekanntlich auf etwaige innere Vorgänge in Serbien, um dort einzugreifen. Der serbische Thronprätendent Peter Karageorgiewitsch ist bekanntlich Schwiegersohn des Fürsten von Montenegro.

## Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. Zur Ausführung des Gesetzes vom 27. Juli d. J. über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Gemeindeabgaben haben die Minister des Innern und der Finanzen eine Zirkularverfügung an die Regierungspräsidenten u. s. w. gerichtet, dergemäß das Gesetz keineswegs eine vollständige und allgemeine Regelung des Gemeindeabgabewesens, wie dieselbe in den früheren Gesetz-Entwürfen, namentlich von 1879, beabsichtigt war, enthält, sondern sich nur als ein Notgesetz darstellt, welches die Aufgabe hat, einzelne Punkte hinsichtlich der Erhebung direkter Kommunal-Ein-

kommensteuern zu regeln. Hieraus folgt zunächst, daß dieses Gesetz keineswegs bestimmt ist, an Stelle derjenigen Vorschriften der Gemeinde-Verfassungsgesetze zu treten, welche die Aufbringung der Gemeindebedürfnisse betreffen beziehungsweise die Autonomie der Gemeinden auf diesem Gebiete regeln, sondern daß dasselbe nur insoweit Anwendung findet, als auf Grund dieser Vorschriften eine Erhebung von auf das Einkommen gelegten direkten Gemeindeabgaben bereits stattfindet oder in Zukunft eingeführt wird. Soweit die Befreiung der Gemeindebedürfnisse durch anderweitige Abgaben, insbesondere durch Zuschläge zur Staats-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, durch indirekte Gemeindeabgaben, durch sonstige besondere Real- oder Personal-Abgaben (Haus-, Mieths-, Wohnungs-, Grund-, Luxussteuern) stattfindet, kommt das Gesetz vom 27. Juli d. J. überhaupt nicht zur Anwendung, und dieser Theil des Gemeindesteuerwesens bleibt in demselben gänzlich unberührt. Dagegen giebt dieses Gesetz allen Gemeinden die Befugniß zur Erhebung von Gemeinde-Einkommensteuern und regelt diese Befugniß für alle Gemeinden, mögen sie ein derartiges Recht schon bisher besessen und ausgeübt haben oder nicht, in gleichmäßiger Weise. Hierbei wird davon auszugehen sein, daß auch die Erhebung von Zuschlägen zur Klassen- und Klassifizirten Einkommensteuer als eine Erhebung von auf das Einkommen gelegten Gemeindeabgaben charakterisirt, so daß die Bestimmungen des Gesetzes, welche auf die Zuschläge zur Klassen- und Klassifizirten Einkommensteuer anwendbar sind, auf dieselben ebenfalls angewandt werden müssen. Ebenso werden die Gemeinden, welche auf Grund von Regulativen schon jetzt Gemeinde-Einkommensteuer erheben, bei der ferneren Ausübung dieses Rechts an die Beschränkungen der Vorschriften dieses Gesetzes gebunden sein.

Zur Karolinen-Angelegenheit wird der „Köln. Ztg.“ aus Madrid vom 5. d. telegraphirt:

Der Ministerrath nahm den Vertrag über die Karolinen unverändert an und ratifizierte die von dem früheren Minister Ebuayan eingegangene Vereinbarung; ferner verlängerte er den im Jahre 1887 ablaufenden Handelsvertrag mit Deutschland bis zum Jahre 1892. Zugleich beschloß die Regierung, sofort die nöthigen Maßregeln zu treffen, um Spaniens Rechte auf anderen Punkten zu wahren oder die Priorität der Befugung zu ordnen, welche unter Berufung auf die Berliner Konferenz etwa beansprucht werden könnte.

Das Verbleiben Belgiens in dem lateinischen Münzbunde scheint nunmehr festzustehen.

brauchte sie nicht, sein eigenes Fett genüge, und dann sei nur nöthig, Zwiebeln auf geröstete Brodschnitte zu reiben und den Fasan auf diese zu legen. Dieses Rezept theilte der Dolmetscher dem Prinzen mit, der es mit einer Wichtigkeit niederschrieb, als ob ein Sieg über die Preußen zu verzeichnen wäre. Er entkam aus dem Walde und glücklich über den Rhein. Die Franzosen empfingen ihn zwar mit Hohn, und Ludwig XV. nebst der Marquise von Pompadour sahen ihn ungnädig an. Doch das aus Deutschland mitgebrachte Fasanenbraten-Rezept stellte die Freundschaft bald wieder her. Francois Mertier, der Koch des Prinzen, wurde nach Versailles geschickt, wo er einen Fasan genau nach diesem Recepte braten mußte. Auch der König und seine Freundin waren entzückt, und dem Prinzen ging wieder die Gnadensonne auf. Die Niederlage bei Rossbach war vergessen, und zum Danke für das Recept erhielt Soubise ein neues Oberkommando und später den Marschallsrang. Als Fasanenbraten à la Soubise kam dieses Gericht ins Kochbuch, das Francois Mertier verfaßte. Aus diesem ging es in sämmtliche Kochbücher über, in denen das Recept einer deutschen Försterin noch heute als des Prinzen Erfindung bezeichnet ist.

(Geistesgegenwart.) Peter der Große von Rußland sah sich auf einer Reise während eines heftigen, mit Regen gemischten Sturmes genöthigt, in einem Kloster einzusprechen. Die

Wie aus Paris telegraphirt wird, erklärte die bayerische Regierung ihre Zustimmung zu den letzten die Münzfrage betreffenden Vorschlägen Frankreichs, denen Italien bereits vorher beigegeben hatte.

Im vorigen Jahre brachte bekanntlich die bayerische Regierung im Bundesrathe den Antrag ein, daß fahrendes Eisenbahn-Material nicht gerichtlich mit Beschlag belegt werden dürfe. Die Sache bezog sich darauf, daß auf Beschluß verschiedener deutscher österrreichische Eisenbahnen auf deutschem Gebiete wegen Forderungen an die Eisenbahn-Gesellschaften mit Beschlag belegt wurden. Der Antrag wurde zwar vom Bundesrathe genehmigt, kam aber im Reichstage nicht zur Erledigung. Dem Vernehmen nach hat Baiern den Antrag von Neuem an den Bundesrath gebracht.

Die polnischen Blätter werden sich noch lange Zeit über das Auftreten des Fürsten Bismarck in der Interpellations-Debatte unterhalten. Unter Anderem bemerkt der „Dren-down!“:

Fürst Bismarck ist durch sein häufiges und bekanntes Auftreten gegen die Polen, durch die andauernde Wiederholung des Ausspruches: „Die Polen sind unser unverzöhnlicher Feind“, unwillkürlich und vielleicht auch ohne Wissen — denn gewiß benachrichtigt ihn Niemand in einem „Berichte“ aus Posen hiervon — ein mächtiges Element der polnischen Agitation geworden. Niemand glaubt es, bis zu welchem Grade die Angriffe des Fürsten Bismarck gegen uns Polen unsere polnische Bevölkerung, namentlich in niederen Schichten, elektrisiren und welche Gefühle sie in ihnen erwecken. Diejenigen dagegen, welche dies wissen, wiederholen sich im Innern still: Möge ihm Gott ein recht langes Leben geben; denn kein Deutscher setzt so das polnische Volk in Bewegung, wie gerade er. In Posen sprechen die Leute in den mittleren und niederen Schichten seit zwei Tagen von Nichts, als nur vom Fürsten Bismarck, und es fragt Einer den Anderen: Hast Du gehört? Hast Du gelesen, was er gesagt hat?!

Der Chef der Admiralität hatte im vergangenen Sommer, als das Uebungsgehwader der kaiserlichen Marine einen Angriff auf die Befestigungen unseres Reichsriegels ausführte, Wohnung in Laboe genommen, woselbst die Hauptbeobachtungsstation der Verteidigung errichtet war. In dem äußerst geschützten kleinen Hafen von Laboe lagen die Nachtboote, mit welchen Fahrten in See unternommen wurden, um den Feind aufzuspüren und seine Bewegungen zu verfolgen. Auch Admiral von Capriui unternahm, persönlich das Boot leitend, bei stürmischem Wetter mehrere

Mönche empfingen ihn mit der tiefsten Demuth und rüsteten ihm zu Ehren ein glänzendes Mahl. Einer der jüngeren Mönche machte den Mundschinken und reichte dem Kaiser einen gefüllten Glasbecher. Doch blieb er mit dem Fuße im Teppich hängen, stolperte und goß einen Theil des Weines über das Kleid des Herrschers. Das Glas fiel auf den Boden und zerbrach. Wüthend sprang Peter auf und erhob die Peitsche, von der er sich nie trennte, um den Frevler zu züchtigen. Dieser aber stand ruhig, mit keiner Wimper zuckend, vor ihm und sagte lächelnd: „Mein Kaiser und Herr! Nicht tropfenweise, sondern in Strömen ergieße sich die Gabe Gottes über Dich, und alle Deine Feinde mögen zertrümmert werden, wie dies Glas!“ Peter war entwasfnet, legte die Peitsche auf den Tisch und machte den Mönch zum Archimandriten von Potscherok.

Unter einer voluminösen Sammlung von Autographen fanden wir die nachfolgenden köstlichen Geistesblüthen, die wir in dem vergilbten Album nicht vertrocknen lassen wollen. Mögen sie hier zur Freude unserer Leser Verbreitung finden.

Der Eine treibt's,  
Der Andere schreibt's —  
So leben wir ein Jeder,  
Der von der Gans, der von der Feder.  
W. (ien), Mai 1850. Bauernfeld.

solche Fahrten. Bei dieser Gelegenheit hat sich herausgestellt, daß der Laboeer Hafen im Falle eines wirklichen feindlichen Angriffes für die Verteidigung wesentliche Vortheile bietet; eine nähere Untersuchung hat aber ferner ergeben, daß die Tiefe desselben nicht ausreichend ist, um auch bei niedrigem Wasserstande Booten von 2 bis 2,5 Metern Tiefgang Aufnahme zu gewähren. Da den Bewohnern von Laboe für ihre Zwecke der Hafen tief genug ist, so hat lediglich unsere Marine Interesse an einer Vertiefung, und werden daher auch von dieser die Kosten, welche auf 27,500 Mark veranschlagt sind, getragen werden müssen. Die Summe ist in den Marine-Etat für 1886/87 eingestellt.

Der Petitionssturm zu Gunsten des Arbeiterschutzgesetzes scheint von der sozialdemokratischen Leitung mit vielem Geschick inszenirt zu sein. Bereits jetzt liegen dem Reichstage 286 Petitionen mit weit über 200,000 Unterschriften vor, die sich zu Gunsten des von der sozialdemokratischen Partei im Reichstage eingebrachten Antrages aussprechen. Die Petitionen haben in den industriereichen Bezirken die meisten Unterschriften gefunden. Aber sie kommen aus allen Theilen des Reiches, ein weiterer Beweis für das Geschick, mit dem die Bewegung ins Werk gesetzt ist. Voran steht Hamburg in derselben. Von hier liegt vor eine Petition des Fachvereins der Maurer und Genossen mit 12,277 Unterschriften. Die Petition der Schuhmacher selbst hat 9543 Unterschriften gefunden, die der Tapezierer 9770, die der Tischler 9114. Weiter ist von dort eingegangen eine Petition der Gypfer mit 86, der Korbmacher mit 1411, der Maler mit 2256, der Schneider mit 10,186, der Stellmacher mit 669 und eine Anzahl von Petitionen, die nicht von Korporationen ausgehen, sich aber in der gleichen Richtung aussprechen. Direkt aus Berlin liegt noch keine Petition vor, obwohl es bekannt ist, daß auch hier die Fachvereine eine besondere Thätigkeit entfaltet haben, um Unterschriften von den Arbeitern zu erhalten. Aus Bremen petitioniren 2599 Cigarrenarbeiter und 748 Tapezierer für das Arbeiterschutzgesetz.

Ueber die Auffassung an leitender Stelle betreffs Herabsetzung der Gerichtskosten liest man in den „Berl. Pol. Nachr.“:

Wenn von den Gerichtskosten und deren Höhe die Rede ist, so darf selbstverständlich nicht übersehen werden, daß diese einen nicht unerheblichen Betrag der Staatseinnahmen bilden. Sie decken in manchen Bundesstaaten einen ganz erheblichen Prozentsatz der eigentlichen Staatsverwaltungsausgaben. Eine Veränderung in dem Betrage des Aufkommens der Gerichtskosten würde daher nicht ohne Rückwirkung auf die Bilanzirung der Etats

Selig die Flamme des Geistes, die nicht blos leuchtet, auch wärmt.

W., 2. Mai 1859. Friedr. Halm.

Nur die Wahrheit kommt zum Ziele.

W., 14. Mai 1859. Laube.

Charakter soll uns über die Dinge, nicht über die Menschen erheben.

Berlin, 14. April 1844.

Karl Guplow.

Nimm ruhig hin, was Dir der Tag  
Vom Uebel hat beschieden,  
Wenn Du am Abend sagen darfst:  
Ich bin mit mir zufrieden.

W., 1. Mai 1859. Deinhardstein.

Möge meine Handschrift da zurückbleiben, wo ich so gern selbst blieb.

Franz Grillparzer.

Und hab' ich nicht errungen,  
Wonach mein Geist gestrebt,  
So hab' ich doch gesungen,  
Beliebet und gelebt.

Hoffmann v. Fallersleben.

In der Kunst und in der Kritik ist uns jetzt vor Allem Wahrheit nöthig. Die Kunst drängt nach naturwidrigen innerlich unwahren Herrbildern,

